

Konsens statt Traumlösung

Volksbegehren von Pro Biene soll in ein gemeinsam erarbeitetes Gesetz münden

Von Reto Bosch

REGION Das Artenschutz-Volksbegehren von Pro Biene in Baden-Württemberg lässt sich aus formalen Gründen nicht stoppen. Die Initiatoren sammeln aber keine weiteren Unterschriften mehr. Ziel ist ein gemeinsam erarbeitetes Gesetz.

Auch durch das Volksbegehren sind nach Ansicht von Martin Hahn viele Gräben aufgebrochen. Zum Beispiel zwischen Landwirtschaft und Naturschützern, zwischen Landwirtschaft und Gesellschaft. „Auch wenn mit dem Volksbegehren ein Thema weitgehend abgeräumt ist, stehen wir noch am Anfang der Diskussion“, sagte der Agrarpolitische Sprecher der Grünen-Landtagsfraktion beim Hohebucher Agrargespräch. Insgesamt würden an die Landwirtschaft ganz unterschiedliche Wünsche herangetragen, die kaum zu befriedigen seien. Dazu kämen hoher ökonomischer und sozialer Druck. Hahn schätzt zwar das Engagement der Gruppierungen rund um Pro Biene. Das Begehren sei in seiner ursprünglichen Form aber nicht umsetzbar gewesen, er habe früh einen Kompromissvorschlag gefordert.

Nach intensiven Gesprächen von Landesregierung, Landwirten und Initiatoren des Volksbegehrens ist es Ende Dezember zu einer Einigung gekommen, die auch Pro Biene mitträgt. Baden-Württemberg habe einen ambitionierten Gesetzentwurf gegen das Arten- und Höfesterben auf den Weg gebracht, erklärte der Trägerkreis. „Dieser ist zwar keine Traumlösung für den Umweltschutz, weil er aber den gewünschten Konsens zwischen Politik, Landwirtschaft und Umweltschutz erreicht hat, sehen wir ihn als guten Kompromiss, um schnelle Schritte gegen das Artensterben einzuleiten“, sagte Volksbegehren-Sprecher und Initiator David Gerstmeier. Der Landesbauernverband erkennt das Ziel der Landesregierung an, „den Weg des kooperativen Naturschutzes zu stärken, anstatt mit strikten Vorgaben und Verboten den Familienbetrieben die Perspektiven zu nehmen“.

Das Land verpflichtet sich beispielsweise, bis zum Jahr 2030 den Einsatz chemisch-synthetischer Pflanzenschutzmittel landesweit um 40 bis 50 Prozent zu reduzieren. Dabei soll nicht mit auf Einzelbetriebe bezogenen Verboten oder Obergrenzen agiert werden, sondern es sollen Anreize im Vordergrund stehen. Außerdem geht es um technische Weiterentwicklung, um die verstärkte Nutzung resistenter Sorten und den Ausbau von Fördermaßnahmen. Das Land will in den nächsten zwei Jahren mehr als 60 Millionen Euro für den Artenschutz bereitstellen.

Bis zum Jahr 2030 soll der Anteil der ökologischen Landwirtschaft auf 30 bis 40 Prozent steigern. Möglich machen sollen das verbesserte Rahmenbedingungen. Ob sich die wachsende Menge an Bio-Produkten dann auch verkaufen lässt? Zweifel daran wurden auch beim Hohebucher Agrargespräch geäußert. Das Land setzt darauf, die Vermarktung und die Verbraucheraufklärung zu verbessern. Ein weiterer Punkt: Ebenfalls bis zum Jahr 2030 soll der Biotopverbund auf 15 Prozent der Landesfläche wachsen. Neben alledem sind sich die Beteiligten einig: Der Dialog muss fortgesetzt werden. Nicht nur zwischen Landwirtschaft und Naturschützern.